

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 26

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kommentar

Schlägt Taiwan mit den Sowjets zurück?

In Taipeh hat Präsident Tschiang Tsching-kuo bereits die Frage verneint, ob Taiwan als Antwort auf die diplomatische Anerkennung Chinas durch die USA seinerseits Anschluss an das Sowjetlager suchen solle. Die Frage war immerhin von einem Kuomintang-Parlamentarier gestellt worden.

Was Zusicherungen dieser Art an sich wert sind, weiss man nicht. Aber Gründe gegen ein solches Revirement gibt es auch sonst. Taiwan hätte dabei nämlich immer noch erheblich mehr zu verlieren als zu gewinnen.

Analogien sind verführerisch. Die Feindschaft zwischen Peking und Moskau hat zur Freundschaft zwischen Peking und Washington geführt. Lässt die gleiche Logik nunmehr nicht eine Achse Moskau—Taipeh erwarten?

Doch der Satz «Der Feind meines Feindes ist mein Freund» hat in diesem Falle nur beschränkte Gültigkeit. Einerseits deshalb, weil die Bedrohlichkeit des chinesischen Feindes nicht akut ist, andererseits deshalb, weil der sowjetische «Freund» ein dominierender Partner ist, der die nationalchinesische Souveränität nicht retten, sondern lediglich für sich beschlagnahmen würde.

★★★

Mit dem Verlust seines diplomatischen Status in Washington hat sich die Lage Taiwans zweifellos verschlechtert. Aber das heisst noch lange nicht, dass das Land deswegen «geliefert» wäre. Die Insel kann sich durchaus verteidigen, wenn China seinen Anspruch auf die «Provinz Taiwan» gewaltsam geltend machen wollte.

Und Taiwan ist auch nicht «verlassen». Washington kann ohne weiteres mit Taipeh jene Art von Beziehungen pflegen, die es bis anhin mit China hatte, auch wenn es Nationalchina de jure nicht mehr anerkennt. So funktionieren denn auch tatsächlich die wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen weiterhin, und selbst die Lieferung von Verteidigungswaffen hat nicht aufgehört.

Taiwan ist also nach wie vor in der Lage, seine faktische Existenz zu behaupten.

Dazu kommt, dass Peking gute politische Gründe hat, auf eine militärische Wiedervereinigung zu verzichten. China bemüht sich um den Aufbau von erklärten oder unerklärten internationalen Bündnissystemen in grossen Dimensionen, um eine globale Sammlung von Kräften gegen die gewaltige Expansion der sowjetischen Supermacht. Und dieser Politik hat es Peking schliesslich auch zu verdanken, dass die USA von Taiwan abgerückt sind. Mit einem Angriff auf dieses Land würde Peking seine internationale Zielsetzung geradezu selber torpedieren und potentielle Freunde vor den Kopf stossen, auf deren Goodwill es angewiesen ist.

Bis auf seine Partikularität als zweites China gehört Taiwan eigentlich zu jener Gruppe von bes-

ser entwickelten nichtkommunistischen Staaten, mit denen China gutes Einvernehmen und Zusammenarbeit sucht, um sich intern zu modernisieren und extern voranzukommen. Wäre Taiwan nicht chinesisch, könnte es geradezu der ASEAN-Gruppe angehören.

Hongkong liegt auf chinesischem Territorium und ist völlig schutzlos. China könnte es an jedem beliebigen Tag mühelos behändigen, tut es aber keineswegs. Natürlich kann man auf den direkten Profit hinweisen, den China von Hongkong in seinem gegenwärtigen Status hat, während Taiwan nicht diese Rolle spielt. Aber ist eine Symbiose zwischen den beiden China wirklich undenkbar?

Es wird zunehmend unwahrscheinlicher, dass die Lösung des Problems militärischer Art sein wird. Wenn es aber zu Verhandlungen zwischen Peking und Taipeh kommen sollte, was der chinesischen Interessenlage keineswegs widersprechen würde, so hätte Taiwan recht gute Trümpfe auf den Tisch zu legen. Seine Wirtschaftspotenz ist so, dass es China in seinem Modernisierungsplan brauchbare Hilfe anzubieten hätte, und schon dafür liesse sich — immer auf dem Hintergrund militärischer Verteidigungsfähigkeit — sicher einiges aushandeln.

★★★

Diese Überlegungen zeigen, dass Taipeh die Bildung einer Achse mit Moskau an sich nicht nötig hat. Aber darüber hinaus würde dieser Schritt noch seine eigenen erheblichen Risiken haben.

Taiwan kann keine Lust verspüren, zwecks Souveränitätsrettung ein sowjetischer Satellit zu werden, während die Sowjetunion an einem abhängigen Partner als Stützpunktlieferant interessiert ist. Dann ist Taiwan mindestens wirtschaftlich ein Quasimitglied der industrialisierten Welt und

Wir entbieten
unsern Lesern
unsere
besten Wünsche
für ein gutes
neues Jahr

hat als solches viel zu verlieren. Und es würde auch viel verlieren, besonders wenn man an die Usancen der sowjetischen Partnerbehandlung denkt.

China fühlt sich gegenwärtig von Taiwan sicherlich nicht bedroht. Aber wenn Taiwan unter sowjetische Protektion käme, würde das anders. Auch das ist ein Faktor, der zu den sicherheitspolitischen Überlegungen gehört, die Taiwan betreffen.

Ein Bündnis mit Moskau wäre für Taiwan die Reaktion eines Landes, das keinen andern Ausweg mehr sieht. Es liegt also weder im Interesse Washingtons noch im Interesse Pekings, Taiwan in diese Lage zu treiben. *Georg Handlery*

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Peking und Washington

Normalisierung drängte

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Peking ist grundsätzlich normal. Sie entspricht dem Geiste einer neuen «Allianz im Pazifik», die sich de facto ergeben hat (siehe unsere Untersuchung in ZB, Nr. 21/1978). Aber es gab gute Gründe, die Normalisierung zu beschleunigen.

● Die UdSSR hat sowohl mit Vietnam als auch mit Afghanistan «Freundschaftsverträge» abgeschlossen. Vietnam hat dank der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe der Sowjetunion schon angefangen, in der jetzigen Trockenzeit Kambodscha anzugreifen, um so schnell wie möglich die sogenannten «Vereinigten Indochina-Staaten» zu realisieren. Wenn Kambodscha von Vietnam annektiert wird, stehen die Länder beim Golf von Siam und bei der Malakka-Strasse unter sowjetischer Bedrohung. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den USA verbessert die Möglichkeiten, etwas dagegen zu tun.

● Die kritische Lage in Iran kommt den sowjetischen Ambitionen entgegen (siehe S. 2), und die

USA fürchten, dass Hilfe für den Schah die Opposition endgültig in die Arme Moskaus treiben würde. Ferner lässt der Nahost-Frieden auf sich warten. Um sich nicht in die Defensive drängen zu lassen, bedarf die amerikanische Aussenpolitik anderweitiger Initiativen. Bei den Salt-Verhandlungen können gefestigte Beziehungen zu China ohnehin nur von Nutzen sein.

● Das wachsende Handelsbilanzdefizit der USA (immer mehr Erdölimporte, immer mehr Konkurrenz für Exportprodukte) bedarf einer Korrektur. China macht sie möglich. Es braucht z. B. dringend Bohranlagen und hat dafür Erdöl anzubieten. Natürlich drängten amerikanische Exporteure zur Eile; die grossen China-Aufträge sollten nicht nur an Japaner und Westeuropäer gehen.

*

Aber über alle Tagesmotive hinaus bleibt es das Wichtigste, dass China für seinen politischen Kurs die bestmögliche Unterstützung erhält. Die Normalität bilateraler Beziehungen ist eine natürliche Voraussetzung dazu. *C. J.-Chen*

Das Dokument

Gut getraut ist halb erzogen

Wie bringt man in China die Anhänger der «Vierbände» dazu, sich mit den neuen Verhältnissen positiv abzufinden? Es gibt die alte Methode der öffentlichen Bezeichnung und Selbstbezeichnung. Aber «Renmin Ribao» rät, die neue Linie auch mit neuen Methoden einzuführen, d. h. zum Beispiel die betreffenden Elemente erst einmal gehörig zu verheiraten. Wir zitieren aus der Zusammenfassung der «Peking Rundschau»:

Was tun mit denjenigen Jugendlichen, die weniger schwer die gesellschaftliche Ordnung verletzt hatten und deren Inhaftierung vom Gesetz her nicht erforderlich war? Einige Einheiten in Anshan versuchten sie durch körperliche Arbeit umzuerziehen, jedoch mit wenig Erfolg. Dies zeigte aber auch, dass dieses Problem durch blosser Bestrafung nicht zu lösen war. (...)

Der Fall des Jungarbeiters Schan Dschao-Schun zeigt die korrekte und wirkungsvollste Methode. (...)

Am Anfang war Schan ein guter Arbeiter. Später jedoch — unter dem Einfluss bürgerlicher Auffassungen — entwickelte er sich zum Faulenzer. Einige nannten ihn «schwarzes Schaf», andere meinten, er sei ein «Tunichtgut», bei dem Hopfen und Malz verloren sei. Wang Yi-ling, ein alter Arbeiter und Kommunist, dachte anders. Er war der Auffassung, der Junge könne sich ändern, man müsse sich nur mehr um ihn kümmern. Die Parteiorganisation beauftragte ihn mit der Betreuung von Schan.

Wang Yi-ling kümmerte sich um Schan, der bereits als Kind seine Eltern verloren hatte, wie um seinen eigenen Sohn. Jeden Morgen auf dem Weg zur Arbeit unterhielt er sich mit ihm. Am Wochenende und an Feiertagen lud er ihn zu sich zum Essen ein. Des öfteren sprach er mit ihm über die Unterschiede zwischen der neuen und der alten Gesellschaft. Den geringsten Fort-

schrift begrüßte der alte Arbeiter und stärkte Schan den Rücken. Da Schan noch ledig war, stellte er ihm ein Mädchen vor. Als die beiden später heirateten, half Wang bei der Arrangierung der Hochzeit. Die Klassengefühle, die der alte Arbeiter dem jungen Schan gegenüber an den Tag legte, bewegten Schan sichtlich. Er sagte: «Die Parteiorganisation und Meister Wang sind sehr lieb zu mir und haben mir sogar geholfen, eine Familie aufzubauen. In Zukunft werde ich fleissig arbeiten.» Jetzt wurde er als vorbildlicher Arbeiter seiner Werkhalle ausgezeichnet. ■

Nichts gegen Juden — solange sie draussen bleiben

Per Ahlmark, der frühere Leiter der schwedischen (liberalen) Volkspartei, wollte vor einiger Zeit in Begleitung zweier jüdischer Freunde nach Polen reisen. Den Juden wurde die Einreise verboten, und Ahlmark beschuldigte in der Folge die polnischen Behörden öffentlich des Antisemitismus. Der Direktor des polnischen Nachrichtenbüros, Mirosław Wojciechowski, nannte daraufhin Ahlmark einen «Pseudohumanisten» und «billigen Politiker». Ahlmark seinerseits dupli-

zierte mit der Feststellung, bei den zwei an der Grenze abgewiesenen Personen habe es sich weder um antipolnisch eingestellte Elemente noch um irgendwelche «Aktivisten» gehandelt, sondern wirklich nur um Juden. Deshalb sei für die erfolgte Diskriminierung tatsächlich kein anderer Grund ersichtlich als die Rassenzugehörigkeit der betroffenen Leute.

Ahlmark stellt im übrigen die polnischen Vorurteile nicht als spezifische «Errungenschaft» des heutigen Regimes hin. Der Antisemitismus sei in Polen eine alte Erscheinung, auch «Jahrhunderte älter als der Nazismus».

Allerdings sind die Rückfälle in den Antisemitismus der neueren Politik zuzuschreiben. Vor zehn Jahren lebten in Polen 25 000 Juden; heute sind es nur noch 3000. Das ist eindeutig das Resultat der antisemitischen Kampagne von 1968 und ihrer Nachwehen.

Ahlmark ist wegen seiner Polemik von polnischer Seite für die Zukunft als «unerwünschte Person» bezeichnet worden. Schwedische Zeitungen haben dann darauf hingewiesen, dass man alle Journalisten und Politiker, die den feststellbaren Antisemitismus in Polen verurteilen, konsequenterweise auf gleiche Weise etikettieren müsste. Solidarität mit Juden ist für Antisemiten schon immer provokatorisch gewesen. ■

Der Buchtip

Eberhard Jüngel: «Anfechtung und Gewissheit des Glaubens», Chr. Kaiser Verlag, München 1976, 70 Seiten, Fr. 8.50.

Der Autor, protestantischer Theologe, geht in zwei Abhandlungen unter besonderer Berücksichtigung der Predigt der Frage nach, wie seine Kirche bei ihrer Sache bleiben oder wieder zu ihr kommen kann.

Er tut dies ganz bewusst eher durch einen Versuch zur Wiederbelebung von Vergessenem als durch Vermittlung völlig neuer Gedanken; und er tut dies, ebenso bewusst, in Form theologischer Reflexion.

Daher ist die Lektüre für den theologischen Laien schwierig, selbst wenn im mittleren Teil der Schrift die vorgängig aufgestellten Thesen zusammengefasst sind.

So wird der Verfasser wohl vornehmlich andere Kirchenmänner ansprechen, weniger aber das offenbar nicht mehr so kirchlich gesinnte Fussvolk.

Eberhard Reinhardt: «Zur schweizerischen Identität — Gedanken eines Bankiers», Verlag Paul Haupt, Bern 1978, 100 Seiten, Fr. 18.—.

Der Band enthält einen gut gelungenen Auszug aus den zahlreichen bemerkenswerten Schriften und Vorträgen von Dr. Reinhardt, gefolgt von einem kurzen Nachruf auf seine Person.

Gut formulierte, klare Gedankengänge zeichnen diese mehrheitlich das Bankwesen behandelnde Arbeiten aus; sie sagen meist Grundsätzliches zum Thema und sind gleichzeitig voll Gegenwartsbezug. Allgemeinverständlich geschrieben und durchsetzt mit philosophischen Anklängen, wecken sie das Interesse nicht nur des Bankfach-

manns, sondern auch das des Industriekaders gleich welcher Sparte, ja wohl eines jeden, der — selbst in bescheidenem Rahmen — mit Banken zu tun hat.

Zudem fördert der Autor — nebenbei gesagt: Verfechter einer wahren Demokratie und eines möglichst freien Wirtschaftssystems — unter anderem durch seine nie durch Gruppeninteressen eingeeengten Abhandlungen das Verständnis besonders für das schweizerische, in letzter Zeit vermehrt angegriffene Bankwesen. *HdC*



Importeur feiner Qualitätsweine

Wir räumen unsere Keller auf!
Jetzt kommen Sie zu günstigen
«Restposten».

Verlangen Sie unsere «Restposten-
Liste».

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

4%
Anlagehefte

4 1/4%
Kassa-Obligationen

COUPON für Geschäftsbericht
in verschlossenem Couvert

Name _____

Strasse _____

Ort _____

CITY BANK
Talstrasse 58, 8021 Zürich
Tel. 01/211 76 11